## S 2 SB 203/19

## Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Niedersachsen-Bremen

Sozialgericht Landessozialgericht Niedersachsen-

Bremen

Sachgebiet Schwerbehindertenrecht

Abteilung

Kategorie Beschluss

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 2 SB 203/19 Datum 04.11.2021

2. Instanz

Aktenzeichen L 13 SB 120/21 Datum 16.11.2022

3. Instanz

Datum -

Die Berufung wird zurļckgewiesen.

Kosten sind nicht zu erstatten.

Die Revision wird nicht zugelassen.

Â

## Gründe

I.

Der KlĤger wendet sich gegen die Entziehung der Merkzeichen H und B durch den Beklagten.

Der am G. geborene Kläger lebt im Haushalt seiner Eltern in H.. Seit 2018 studiert er Informatik an der etwa 30 Kilometer entfernten Hochschule I.. Zuvor besuchte er die Fachoberschule in J..

Mit Bescheid vom 1. April 2016 hatte der Beklagte bei dem Kläger aufgrund einer Entwicklungsstörung, seelischen Störung und Verhaltensstörung einen Grad der Behinderung (GdB) von 70 festgestellt und die Merkzeichen H und B zuerkannt.

Im MÄxrz 2018 machte der KlÄxger bei dem Beklagten eine Verschlimmerung seines Gesundheitszustandes geltend. Bislang seien seine Kommunikationsprobleme und seine Angst vor VerÄxnderungen fÄxlschlicherweise als Sozialphobie betitelt worden. TatsÃxchlich sei hierfür ein Asperger-Syndrom ursÃxchlich. Er leide weiterhin an Depressionen und werde nunmehr mit Antidepressiva behandelt. Ein von seiner Pflegeversicherung in Auftrag gegebenes Gutachten der K. vom 17. April 2018 (im Folgenden: Pflegegutachten) fügte er bei. Hiernach war bei dem KlĤger eine Pflegebedürftigkeit mit Pflegegrad 2 empfohlen worden. Ausweislich eines Befundberichts des den Kläger seit 2016 behandelnden Kinder- und Jugendarztes L. war bei dem KlĤger im MĤrz 2018 ein Asperger-Autismus fremddiagnostiziert worden. Durch die psychotherapeutische und medikamentĶse Unterstützung sei es dem Kläger möglich, den Alltagsanforderungen einigermaÃ□en zu entsprechen. Durch seine Eltern erfahre er eine wichtige Alltagsstrukturierung. Er gerate jedoch immer wieder in zwanghaftes Denken und Grübeln, sei leicht irritierbar und suggestibel. Nach den abgelegten Abiturarbeiten fühle er sich nunmehr weniger gestresst. Der Ã∏rztliche Dienst des Beklagten ging unter WÃ1/4rdigung der vorliegenden Unterlagen davon aus, dass ein Asperger-Syndrom zwar berücksichtigt werden könne. Auswirkungen auf den festgestellten GdB ergĤben sich hierdurch hingegen nicht. Auch lĤgen die Voraussetzungen für die Zuerkennung der Merkzeichen aufgrund der mittlerweile eingetretenen VolljĤhrigkeit des KlĤgers nicht mehr vor.

Daraufhin leitete der Beklagte ein AnhĶrungsverfahren wegen der beabsichtigten â∏ hier streitgegenständlichen â∏ Entziehung der Merkzeichen H und B ein, in dessen Verlauf verschiedene Befundberichte eingeholt und medizinische Unterlagen vorgelegt wurden. Der KlĤger reichte einen Befundbericht seiner ihn seit Mai 2017 behandelnden Diplom-Psychologin H. ein, wonach bei dem KlĤger autismustypische Defizite in Wahrnehmung, Kommunikation und Interaktion sowie Besonderheiten im Denken bei gut durchschnittlicher Grundintelligenz vorlĤgen. Er tue sich schwer damit, unterschiedliche komplexe Alltagssituationen zu überschauen, zu verstehen und angemessen mit ihnen umzugehen. Reizüberflutungen im öffentlichen Raum könne er schwer ertragen, was zu umfĤnglichem Vermeidungsverhalten fļhre. Bei komplexen Anforderungen im Schul- und Leistungsbereich gerate er schnell unter Druck, verliere wertvolle Zeit und bleibe teilweise unter seinem LeistungsvermĶgen. Er habe massiv eingeschrĤnkte Interessen und FreizeitaktivitĤten. Sein soziales Leben finde im Wesentlichen im familiären Rahmen statt. AuÃ∏erhalb benötige er die Begleitung und Vergewisserung seiner Eltern, weil er erhebliche ̸ngste vor unberechenbaren, teils auch erwartbaren Situationen und Anforderungen habe. Er erhalte Psychotherapie und sei medikamentös eingestellt. Der Facharzt für Psychiatrie und Psychotherapie M., bei dem sich der KlAzger erstmalig im Februar 2019 vorgestellt und der die Diagnose Autismus bestÄxtigt hatte, gab an, dass sich der Kontakt schýchtern, bisweilen abweisend gestalte. Auf direkte Ansprache reagiere der KlÄger dann aber freundlich und zeige eine ausreichende

Schwingungsfå¤higkeit. Er sei vollorientiert, im formalen Denken stark zentriert auf die aktuelle Situation. Konzentration und Aufmerksamkeit seien gemindert. Im Må¤rz 2019 wurde dem Klå¤ger Eingliederungshilfe in Form von auf ein Jahr befristeter Ä□bernahme der Therapiekosten im Autismus-Therapiezentrum I. bewilligt. Dieses Begehren hatte die Diplom-Psychologin H. u. a. mit einem ausfå¹¼hrlichen Schreiben vom 2. Må¤rz 2018 unterstå¹¼tzt, in dem sie auf Angaben der Eltern des Klå¤gers und eine mit dem Klå¤ger durchgefå¹¼hrte standardisierte Testdiagnostik verwies. Die Teilhabe des Klå¤gers am Leben in der Gesellschaft sei erheblich beeintrå¤chtigt. Auå□erhalb seiner Familie habe er keine sozialen Kontakte. Er lebe absolut zurå¹¼ckgezogen und abgeschirmt.

Der Beklagte hielt an der beabsichtigten Entziehung fest und hob seinen Bescheid vom 1. April 2016 hinsichtlich der festgestellten Merkzeichen H und B mit Wirkung zum 1. August 2019 auf (Bescheid vom 25. Juli 2019).

Hiergegen legte der KlĤger Widerspruch ein. Er war der Auffassung, dass vorliegend keine Einzelfallprüfung stattgefunden habe. Tatsächlich benötige er erhebliche Unterstützungsleistungen. Sein Tagesablauf sei strikt strukturiert. Abweichungen würden zu einer drastischen Ã∏berforderung führen. Dies wiederum bringe eine akute Verschlechterung der Symptomatik auf psychiatrischem Fachgebiet mit sich. Er sei dann unmittelbar auf die direkte Unterstýtzung durch Dritte, vor allem seiner Eltern, angewiesen. Ohne deren Hilfe sei er hilflos und befinde sich in einer unmittelbaren Notsituation. Auch seien Konzentration und Aufmerksamkeit vermindert. A Der Antrieb und die Psychomotorik seien gehemmt. Er tue sich schwer, unterschiedliche komplexe Alltagssituationen zu überschauen, zu verstehen und angemessen mit ihnen umzugehen. Reizüberflutungen im öffentlichen Raum würden zu einem Vermeidungsverhalten führen. Ã∏ffentliche Verkehrsmittel könne er selbststĤndig nur auf gewohnten Strecken nutzen. Ansonsten benĶtige er eine Begleitung. Er verwies auf einen beigefügten Bericht des Psychiaters und Psychotherapeuten M., in welchem dieser bestÄxtigte, dass es bei dem KlÄxger bereits bei kleineren Abweichungen seiner Tagesroutine zu drastischen ̸berforderungssituationen komme und er dann auf die direkte UnterstÃ⅓tzung vor allem seiner Eltern angewiesen sei. Ohne deren Einschreiten finde sich der KlĤger in solchen Situationen nicht mehr zurecht und sei dann in einer erheblichen Notsituation. Daher seien dem KlĤger die Merkzeichen B und H zuzuerkennen.

Mit Widerspruchsbescheid vom 3. Dezember 2019 wies der Beklagte den Widerspruch ohne weitere Ermittlungen zurýck. Eine nochmalige Ã□berprüfung der Angelegenheit habe zu keinem anderen Ergebnis geführt. Insbesondere die Feststellung des Pflegegrades 2 führe regelhaft nicht zur Zuerkennung des Merkzeichens H. Auch das Merkzeichen B könne nicht zuerkannt werden, da sich aus den vorliegenden Unterlagen kein Hinweis darauf ergebe, dass der Kläger bei der Benutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln zur Vermeidung von Gefahren fþr sich oder andere dauernd fremder Hilfe bedürfe.

Hiergegen hat der KlĤger am 23. Dezember 2019 Klage bei dem Sozialgericht (SG) Stade erhoben. Im Wesentlichen hat er sein Vorbringen aus dem

Verwaltungsverfahren wiederholt. Ergänzend hat er unter BeifÃ⅓gung eines Berichts des HNO-Arztes Dr. N. ausgefÃ⅓hrt, dass im März 2020 eine auditive Verarbeitungs- und Wahrnehmungsstörung diagnostiziert worden sei. Die Vorlesungen an der Hochschule seien fÃ⅓r ihn sehr anstrengend. RegelmäÃ∏ig bekomme er nicht alles mit und mÃ⅓sse dies dann nacharbeiten, so dass sich seine Studienzeit voraussichtlich um mindestens zwei Semester verlängere.

Das SG Stade hat Beweis erhoben durch Einholung eines SachverstĤndigengutachtens des Neurologen und Psychiaters Dr. O., das dieser nach einer Untersuchung des KlĤgers am 29. MĤrz 2021 erstattet hat. Der KlĤger hat hier angegeben, in der elften Schulklasse ein Praktikum in einem kleinen Unternehmen mit IT-Bezug absolviert zu haben. Dies sei der Grund für die Wahl seines Studienfachs gewesen. Den Fýhrerschein habe er 2017 erworben. Er habe lĤnger gebraucht und mit dem ersten Fahrlehrer Probleme gehabt. Er habe schon andere Autos geschnitten. 2020 habe es einen unverschuldeten Unfall gegeben. Seit der zwĶlften Schulklasse sei er selbst mit seinem Pkw oder als Mitfahrer zur Schule gefahren. Auch zur Universität sei er â∏⊓ vor der Corona-Pandemie â∏∏ selbst oder mit dem Bus gefahren. Seit April 2020 laufe praktisch alles online. In der Universität gebe es zwei Kommilitonen, die er als gute Freunde bezeichnen würde. In seiner Freizeit spiele er am Computer. Er werde unruhig und verspanne sich, wenn Unerwartetes passiere. Er benĶtige dann sehr viel Energie, um sich zu beruhigen. Seine Eltern oder seine Bekannten an der Hochschule könnten ihm in solchen Situationen helfen. Zu Hause füttere er die Haustiere und kýmmere sich um sie. Sonstige Hausarbeiten würden zwischen den Familienmitgliedern aufgeteilt.Â

Zum psychischen Befund hat der SachverstĤndige ausgefļhrt, dass der KlĤger höflich und kooperativ bei guter Rapportfähigkeit gewesen sei. Der Kontakt sei herstellbar gewesen. Der KlÄger habe durchweg ruhig, klar und differenziert, dabei ganz ýberwiegend ohne erkennbare mimische oder emotionale Regung berichtet. Im Rahmen seiner Beurteilung hat der SachverstĤndige darauf hingewiesen, dass die Zuerkennung der Merkzeichen H und B rückblickend wohl fehlerhaft gewesen sei. A Auch die Einordnung mit einem Pflegegrad 2 kA¶nne anhand der Unterlagen nicht nachvollzogen werden. Insgesamt bestÄ1/4nden WidersprÄ1/4che bezÄ1/4glich der seitens der Behandler bescheinigten EinschrĤnkungen und der realen AlltagsbewÄxltigung. In dem Bericht der Diplom-Psychologin P. vom 2. MÄxrz 2018 seien schon keine konkreten Angaben zu FunktionsbeeintrÄxchtigungen im Alltag enthalten. Die Behauptung des Herrn M., der KlĤger sei in Krisensituationen unmittelbar auf die direkte Unterstützung seiner Eltern angewiesen, da er sich ohne deren Hilfe nicht zurechtfinde, wÃ1/4rde im Grunde dazu fÃ1/4hren, dass der KlĤger tĤglich von einem Elternteil zur UniversitĤt oder im Auto begleitet werden mÃ1/4sse, was tatsÃxchlich aber nicht erforderlich sei. Soweit der HNO-Arzt Dr. N. zuletzt eine auditive Verarbeitungs- und WahrnehmungsstĶrung diagnostiziert habe, mýsse berücksichtigt werden, dass es sich hierbei um eine HNO-fachfremde Diagnose einer EntwicklungsstĶrung handele. Der Sachverständige ist zu dem Ergebnis gelangt, dass gemäÃ□ den Angaben des Klägers und den vorliegenden Unterlagen von einer altersgemäÃ∏en eigenstĤndigen AlltagsbewĤltigung auszugehen sei. Seit der letzten Feststellung

im Jahr 2016 hÃxtten sich die Gesundheitsstörungen gebessert. Störungen des Sozialverhaltens wýrden streng genommen nicht mehr vorliegen. Diese Besserung sei bereits in der elften oder zwölften Klasse, spÃxtestens jedoch mit Abschluss des Gymnasiums eingetreten. Ein GdB von 50 sei daher ausreichend. Die Voraussetzungen für die Zuerkennung der begehrten Merkzeichen lÃxgen nicht vor.

Auf Antrag des KlĤgers hat das SG Stade sodann ein SachverstĤndigengutachten Dieses hat der Allgemeinmediziner Dr. Q. nach einer sechsstļndigen Untersuchung des Klägers unter Anwesenheit dessen Mutter am Â Â 1. September 2021 erstattet. Dr. M. kommt zu dem Ergebnis, dass bei dem KlĤger sehr tief greifende EinschrĤnkungen der Erlebnis- und GestaltungsfĤhigkeit mit schweren sozialen Anpassungsschwierigkeiten vorlĤgen, für die ein GdB von mindestens 80 gerechtfertigt, ein GdB von bis zu 100 mA¶glich sei. Die Verrichtungen der Grundpflege beherrsche der Kläger durchweg selbststägndig. Es seien nur Impulsgaben bei einem im Laufe des Tages eintretenden zunehmenden Antriebsmangel erforderlich, hingegen keine Anleitung, keine Unterstützung, keine teilweise oder gar vollständige Ã∏bernahme durch Pflegepersonen. Zwar bedÃ1/4rfe der KlÃxger der stÃxndigen telefonischen Rufbereitschaft einer Bezugsperson zur Beherrschung von Panikattacken wĤhrend der Benutzung Ķffentlicher Verkehrsmittel. Dies entspreche jedoch keiner hĤufigen und plĶtzlich erforderlichen Hilfe wegen akuter Lebensgefahr. Allerdings sei der KlĤger bei der Kommunikation weitgehend auf Hilfe der Familie und Kommilitonen angewiesen. Er kA¶nne von sich aus keine Kommunikation beginnen oder aufrechterhalten und adäguat gestalten. Sie müsse vielmehr von auÃ∏en an ihn herangetragen werden. Bis zu welchem zeitlichen Umfang sich diese Hilfestellung täglich im Durchschnitt summiere, ob mehr oder weniger als zwei Stunden, lasse sich mangels Protokollierung der Kommunikation nicht sicher bestimmen, zumal sie sich auf mehrere Personen verteile. Wenn eine diesbezügliche Hilfestellung einen Umfang von etwa zwei Stunden erreichen würde, könne sich ein besonderer wirtschaftlicher Wert dadurch begründen lassen, dass der Kläger ohne entsprechendes Kommunikationstraining wohl nicht fĤhig wĤre, spĤter beruflich Fu̸ zu fassen. Nach dem Urteil des Bundessozialgerichts (BSG) vom 23. Juni 1993 (9/9a RVs 1/91) sei die FĤhigkeit der stĤndigen Kommunikation eine der wesentlichen Verrichtungen des tĤglichen Lebens. Die KommunikationsfĤhigkeit als Basis jeder gesellschaftlichen AktivitÃxt dürfe nicht vernachlÃxssigt werden. Zwar habe der Entscheidung ein Fall von GehĶrlosigkeit zugrunde gelegen. Ob dies hier übertragbar sei, müsse wohl höchstrichterlich entschieden werden. behinderungsbedingt auf eine einzige Fahrstrecke beschrĤnkt sei. Auf die Vielzahl anderer Ziele und andere Ķffentliche Verkehrsmittel habe er hingegen aufgrund seiner gestĶrten OrientierungsfĤhigkeit keinen eigenstĤndigen Zugriff.

Mit Urteil vom 4. November 2021 hat das SG Stade die Klage abgewiesen. Mit Vollendung des 18. Lebensjahres h $\tilde{A}$ ¤tten sich die erforderlichen Tatbestandsvoraussetzungen f $\tilde{A}$ ½r die Zuerkennung des Merkzeichens H ge $\tilde{A}$ mdert. Weder erf $\tilde{A}$ ½lle der Kl $\tilde{A}$ mger ein Regelbeispiel, wonach das Merkzeichen

H zuzuerkennen sei, noch sei die Schwere seiner Behinderung mit einem solchen vergleichbar. Auch der SachverstĤndige Dr. Q. habe keinen hĶheren GdB als 70 feststellen kĶnnen und damit die Zuerkennung der begehrten Merkzeichen abgelehnt.

Gegen das ihm am 15. November 2021 zugestellte Urteil hat der KlĤger am 15. Dezember 2021 Berufung eingelegt und sein Begehren weiterverfolgt.

Der KlĤger nimmt Bezug auf das SachverstĤndigengutachten des Dr. Q.. Das SG Stade habe sich hiermit nicht auseinandergesetzt. Vielmehr habe es das Gutachten auf einen einzelnen und aus dem Kontext gerissenen Satz reduziert. Zudem verkenne das SG, dass die Feststellung eines GdB von mehr als 70 nicht Voraussetzung fýr die Zuerkennung des Merkzeichens H sei. Jedenfalls habe der SachverstĤndige Dr. M. dargelegt, dass die seelische Behinderung des KlĤgers durchaus mit körperlichen und geistigen Behinderungen gleichzusetzen sei, die regelhaft mit einem GdB von mindestens 80 bis 100 zu bewerten sind. Insbesondere im Bereich Kommunikation sei der KlĤger weitestgehend auf Hilfe angewiesen. Insoweit sei die Mutter des KlĤgers zu Art und Umfang der tĤglich erforderlichen Hilfestellungen zeugenschaftlich zu vernehmen.

Â

Der Kläger beantragt sinngemäÃ∏,

Â

das Urteil des SG Stade vom 4. November 2021 und den Bescheid des Beklagten vom 25. Juli 2019 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 3. Dezember 2019 aufzuheben.

Der Beklagte beantragt nach Lage der Akten,

die Berufung zurļckzuweisen.

Er verweist auf sein bisheriges Vorbringen und erachtet die erstinstanzliche Entscheidung f $\tilde{A}^{1}_{4}$ r zutreffend.

Â

Das Gericht hat den Beteiligten mitgeteilt, dass  $\tilde{A}^{1}/4$ ber den Rechtsstreit durch Beschluss gem.  $\hat{A}$   $\hat{$ 

Hinsichtlich des weiteren Sach- und Streitstandes wird auf die Gerichtsakten und die

beigezogene Verwaltungsakte des Beklagten verwiesen, die dem Senat vorgelegen haben und die Gegenstand der Beschlussfassung gewesen sind.

Â

Â

II.

Der Senat entscheidet nach AnhĶrung der Beteiligten in Anwendung von ŧ 153 Abs. 4 S. 1 SGG durch zurĹ¼ckweisenden Beschluss der Berufsrichter des Senats, weil er die Berufung einstimmig fù¼r unbegrù¼ndet und eine mù¼ndliche Verhandlung nicht fù¼r erforderlich hält. Insbesondere hat im erstinstanzlichen Verfahren bereits eine mù¼ndliche Verhandlung stattgefunden, in der sich die Beteiligten äuÃ□ern konnten. Auch enthält das Berufungsvorbringen keinen wesentlichen neuen Sachvortrag, sondern nimmt erneut Bezug auf die Ausfù¼hrungen des nach <u>§ 109 SGG</u> beauftragten Sachverständigen Dr. Q..Â

Die form- und fristgerecht (§Â 151 Abs. 1 SGG) eingelegte Berufung ist zulässig (§Â 143 SGG), aber nicht begründet. Das SG Stade hat mit Urteil vom 4. November 2021 die Klage zu Recht abgewiesen. Die nach § 54 Abs. 1 S. 1 SGG statthafte Anfechtungsklage ist zulässig, aber unbegründet. Der angefochtene Bescheid des Beklagten vom 25. Juli 2019 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 3. Dezember 2019 ist rechtmäÃ□ig und verletzt den Kläger nicht in seinen Rechten. Die Entziehung der Merkzeichen H (unter 1.) und B (unter 2.) ist rechtlich nicht zu beanstanden.

MaÃ $\square$ geblicher PrÃ $\frac{1}{4}$ fungszeitpunkt fÃ $\frac{1}{4}$ r die BegrÃ $\frac{1}{4}$ ndetheit der Klage ist dabei der Zeitpunkt des Abschlusses des Verwaltungsverfahrens, mithin die letzte BehÃ $\P$ rdenentscheidung (vgl. Keller in Meyer-Ladewig/Keller/Leitherer/Schmidt, SGG, 13. Auflage, 2020, § 54 Rn. 33) â $\square$  hier der Widerspruchsbescheid vom 3. Dezember 2019 â $\square$ . Eine spÃ $\square$ tere Ã $\square$ nderung der Sach- oder Rechtslage ist grundsÃ $\square$ tzlich unbeachtlich. Als Ausnahme gilt der Fall, dass sich der Kl $\square$ ger gegen einen belastenden Verwaltungsakt mit Dauerwirkung wendet und dieser nach Abschluss des Widerspruchsverfahrens rechtswidrig wurde (vgl.: BSG, Urteil vom 15. November 2016 Â Â Â Â Â Â Â Â  $\square$  B 2 U 19/15 R â $\square$  juris Rn. 18). Ein Aufhebungs- oder Entziehungsbescheid im Schwerbehindertenrecht ist jedoch kein Verwaltungsakt mit Dauerwirkung, so dass es bei dem o. g. Grundsatz bleibt, dass auf den Zeitpunkt der angefochtenen Verwaltungsentscheidung abzustellen ist (BSG, Urteil vom 12. November 1996 â $\square$  9 RVs 5/95  $\square$  juris Rn. 16).

Die erforderlichen formellen Voraussetzungen fýr die Aufhebung des Ausgangsbescheides sind erfüllt, insbesondere ist dem Aufhebungsbescheid eine ordnungsgemÃxÃ $\Box$ e Anhörung gemÃxÃ $\Box$  <u>§ 24 Abs. 1 SGB X</u> vorausgegangen.

Auch die materiellen Voraussetzungen der Rechtsgrundlage des <u>§ 48 Abs. 1 S. 1 SGB X</u> lagen vor. Hiernach ist ein Verwaltungsakt mit Dauerwirkung mit Wirkung

für die Zukunft aufzuheben, soweit in den tatsächlichen oder rechtlichen Verhältnissen, die bei seinem Erlass vorgelegen haben, eine wesentliche Ã□nderung eintritt. Von einer solchen ist im Schwerbehindertenrecht bei einer Ã□nderung im Gesundheitszustand des behinderten Menschen auszugehen, wenn aus dieser entweder die Erhöhung oder Herabsetzung des Gesamt-GdB um wenigstens 10 folgt, während das Hinzutreten weiterer Funktionsstörungen mit einem Einzel-GdB von 10 regelmäÃ□ig ohne Auswirkung auf den Gesamt-GdB bleibt (vgl. BSG, Urteil vom 17. April 2013

Die tatsächlichen Verhältnisse haben sich in diesem Sinne gegenÃ⅓ber der letzten Feststellung im Jahr 2016 zur Ã□berzeugung des Senats nachweisbar geändert.

Â

1.

Grundlage für die Feststellung der gesundheitlichen Voraussetzungen für das Merkzeichen H sind § 152 Abs. 4 Neuntes Buch Sozialgesetzbuch (SGB IX) in der zum 1. Januar 2018 in Kraft getretenen Neufassung durch das Gesetz zur StĤrkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen (Bundesteilhabegesetz [BTHG], BGBI. I 2016, 3234 ff.; zuvor: § 69 Abs. 4 SGB IX a. F.) in Verbindung mit § 33b Abs. 3 Satz 3, Abs. 6 Satz 1 Einkommenssteuergesetz (EStG) in der Fassung vom 26. Juni 2013 und §Â 3 Abs. 1 Nr. 2 der Schwerbehinderten-Ausweisverordnung (SchwbAwV). GemäÃ∏ § 33b Abs. 6 Satz 3 EStG ist eine Person hilflos im Sinne dieser Regelungen, wenn sie für eine Reihe von häufig und regelmäÃ∏ig wiederkehrenden Verrichtungen zur Sicherung ihrer persönlichen Existenz im Ablauf eines jeden Tages fremder Hilfe dauernd bedarf. Diese Voraussetzungen sind auch erfA<sup>1</sup>/<sub>4</sub>llt, wenn die Hilfe in Form einer ̸berwachung oder einer Anleitung zu den in Satz 3 dieser Vorschrift genannten Verrichtungen erforderlich ist oder wenn die Hilfe zwar nicht dauernd geleistet werden muss, jedoch eine stĤndige Bereitschaft zur Hilfeleistung erforderlich ist Hilflosigkeit geht auf Umschreibungen zurĽck, die von der Rechtsprechung des BSG im Schwerbehindertenrecht bezüglich der steuerlichen Vergünstigung und im Versorgungsrecht hinsichtlich der gleich lautenden Voraussetzungen für die Pflegezulage nach § 35 des Bundesversorgungsgesetzes (BVG) entwickelt worden sind. Dabei hat sich der Gesetzgeber bewusst nicht an den Begriff der Pflegebedürftigkeit im Sinne der <u>§Â§Â 14</u>, 15 Elftes Buch Sozialgesetzbuch (SGB XI) angelehnt (vgl. BSG, Urteile vom 12. Februar 2003 vom 24. November 2005  $\hat{a} \square \square B 9a SB 1/05 R \hat{a} \square \square I juris Rn. 13).$ 

Bei den gemäÃ∏ § 33b Abs. 6 EStG zu berücksichtigenden Verrichtungen handelt es sich um solche, die im Ablauf eines jeden Tages unmittelbar zur Pflege und Befriedigung wesentlicher Bedürfnisse des Betroffenen gehören sowie häufig und regelmäÃ∏ig wiederkehren. Dazu zählen zunächst die seit 1995 auch von der Pflegeversicherung (vgl. <u>§ 14 Abs. 4 SGB XI</u> a. F.; nunmehr gilt seit dem 1. Januar 2017 die Neufassung des <u>§ 14 SGB XI</u> gemäÃ∏ dem Zweiten Gesetz zur Stärkung der pflegerischen Versorgung und zur Ã∏nderung weiterer Vorschriften â∏ Zweites Pflegestärkungsgesetz â∏ vom 21. Dezember 2015; BGBI. 2015 Bd. I, S. 2424 ff.) erfassten Bereiche der KĶrperpflege (Waschen, Duschen, Baden, Zahnpflege, Kämmen, Rasieren, Darm- und Blasenentleerung), Ernährung (mundgerechtes Zubereiten und Aufnahme der Nahrung) und MobilitÃxt (Aufstehen, Zubettgehen, An- und Auskleiden, Gehen, Stehen, Treppensteigen, Verlassen und Wiederaufsuchen der Wohnung). Diese Bereiche werden unter dem Begriff der sogenannten Grundpflege zusammengefasst (vgl. § 14 Abs. 1 Satz 1, §Â 15 Abs. 3 SGB XI a. F.; Â Â Â Â Â Â Â Â Â S 37 Abs. 1 Satz 2 Fünftes Buch Sozialgesetzbuch). Hinzu kommen jene Verrichtungen, die in den Bereichen der psychischen Erholung, geistigen Anregung und der Kommunikation (Sehen, Hören, Sprechen, Fähigkeit zu Interaktionen) anfallen. Nicht vom Begriff der Hilflosigkeit umschlossen ist der Hilfebedarf bei hauswirtschaftlichen Verrichtungen (vgl. BSG, Urteile vom 12. Februar 2003 â∏ B 9 SB 1/02 R â∏ juris Rn. 12 und vom 24. November 2005 â∏∏ â∏∏ juris Rn. 15). Bei psychisch oder geistig behinderten Menschen liegt Hilflosigkeit auch dann vor, wenn sie bei zahlreichen Verrichtungen des tĤglichen Lebens zwar keiner Handreichungen bedürfen, sie diese Verrichtungen aber infolge einer Aufwertung derartiger BeeintrĤchtigungen im Rahmen der Pflegeversicherung durch die Bestimmungen des <u>§ 14 Abs. 2 Nr. 3 SGB XI</u> n. F. â∏∏ bezogen auf das Modul â∏Verhaltensweisen und psychische Problemlagenâ∏ â∏ seit dem 1. Januar 2017 bleibt somit im Rahmen der Feststellung des Merkzeichens H ohne wesentliche Auswirkungen, da eine entsprechende Berücksichtigung hier auch bereits vor der GesetzesĤnderung im SGB XI erfolgt ist. Die stĤndige Bereitschaft ist z. B. anzunehmen, wenn Hilfe häufig und plötzlich wegen akuter Lebensgefahr notwendig ist (vgl. Anlage zu § 2 der Versorgungsmedizin-Verordnung â∏ Versorgungsmedizinische Grundsätze â∏∏ [VMG], Teil A Nr. 4 c).

Die tatbestandlich vorausgesetzte â\dama Reihe von Verrichtungenâ\dama kann regelm\tilde{A}\tilde{A}\dama\tilde{G} erst dann angenommen werden, wenn es sich um mindestens drei Verrichtungen handelt, die einen Hilfebedarf in erheblichem Umfang erforderlich machen. Die Beurteilung der Erheblichkeit orientiert sich an dem Verh\tilde{A}\tilde{A}\tilde{I}\t

Mindestgrenze in jedem Fall Hilflosigkeit zu bejahen ist. Typisierend ist Hilflosigkeit vielmehr erst dann anzunehmen, wenn der tägliche Zeitaufwand fýr erforderliche Betreuungsleistungen mindestens zwei Stunden erreicht, was dem Grundpflegeerfordernis fýr die vormalige Pflegestufe II der Pflegeversicherung entspricht. Um den individuellen Verhältnissen Rechnung tragen zu können, ist aber nicht allein auf den zeitlichen Betreuungsaufwand abzustellen; vielmehr sind auch die weiteren Umstände der Hilfeleistung, insbesondere deren wirtschaftlicher Wert zu berýcksichtigen. Dieser wird wesentlich durch die Zahl und die zeitliche Verteilung der Verrichtungen bestimmt (vgl. BSG, Urteile vom 12. Februar 2003 allowspace allowsp

Bei angeborenen oder im Kindesalter aufgetretenen Behinderungen ist zudem Folgendes zu berļcksichtigen: Mit Erreichen der VolliĤhrigkeit ist insbesondere nicht mehr auf Teil A Nr. 5 d bb VMG abzustellen, wonach bei tiefgreifenden EntwicklungsstĶrungen, die fļr sich allein einen GdB von mindestens 50 bedingen, und bei anderen gleich schweren, im Kindesalter beginnenden Verhaltens- und emotionalen StĶrungen mit lang andauernden erheblichen Einordnungsschwierigkeiten regelhaft Hilflosigkeit bis zum 18. Lebensjahr anzunehmen ist. Stattdessen muss bei dem A

bergang ins Erwachsenenalter berücksichtigt werden, dass die Voraussetzungen für die Annahme von Hilflosigkeit auch entfallen kA¶nnen, wenn behinderte Jugendliche infolge des Reifungsprozesses â∏ etwa nach Abschluss der Pubertät â∏ ausreichend gelernt haben, die wegen der Behinderung erforderlichen Ma̸nahmen selbstständig und eigenverantwortlich durchzufļhren, die vorher von Hilfspersonen geleistet oder  $\tilde{A}\frac{1}{4}$ berwacht werden mussten (vgl. Teil A, Nr. 5 e VMG). Dies bedeutet aber nicht, dass es sich hierbei um einen Automatismus handeln würde. Der Wegfall der Voraussetzungen des Merkzeichens H bei Eintritt der VolljĤhrigkeit bedarf vielmehr â∏ wie der Kläger zu Recht ausführt â∏ stets einer Einzelfallprüfung. Verbleibende Zweifel gehen in Anfechtungsfäxllen der vorliegenden Art zu Lasten des Beklagten, weil dieser sich â∏ anders als wenn eine erstmalige Erteilung des Merkzeichens beantragt wĤre â∏ auf eine eingetretene Ã∏nderung der Verhältnisse beruft.

Unter Berücksichtigung dieser Grundsätze gelangt der Senat indes zur Ã∏berzeugung, dass vorliegend die Voraussetzungen für die Zuerkennung des Merkzeichens H mit Eintritt der Volljährigkeit des Klägers und damit auch für den hier streitigen Zeitpunkt ab dem 1. August 2019 nicht mehr erfüllt sind.

Der KlĤger beruft sich im Wesentlichen auf seine eingeschrĤnkte soziale InteraktionsfĤhigkeit, seine UnfĤhigkeit, auf plĶtzlich eintretende unvorhersehbare Ereignisse flexibel reagieren zu kĶnnen sowie seine verhĤltnismĤÄ∏ig schnelle ErschĶpfbarkeit im Laufe des Tages. Als Hilfestellung benĶtige er die Impulsgabe von auÄ∏en und die stĤndige Bereitschaft einer Hilfsperson in Form von zumindest telefonischer Erreichbarkeit.

Zur Ä\(\text{Dberzeugung des Senats ist der Kl\tilde{A}\(\text{xger tats}\tilde{A}\(\text{xchlich auf Hilfestellungen angewiesen, dies allerdings nur gelegentlich und nicht in erheblichem Umfang.

Dies zeigt zunĤchst der Umstand, dass der KlĤger bereits seit 2018 Student der Informatik an der Hochschule I. ist. Das Studium wird trotz der Asperger-Diagnose gegenwĤrtig fortgeführt. Obwohl ein Universitätsstudium in weiten Teilen selbständig organisiert werden muss, ist es dem Kläger trotz seiner Einschränkungen weiterhin möglich. Zudem fand â∏ jedenfalls im hier relevanten Zeitpunkt â∏ der Unterricht in Präsenz statt, so dass der Kläger regelmäÃ∏ig mit einer Vielzahl von Menschen konfrontiert war. Dass der Kläger hier der dauerhaften Hilfestellung durch Dritte bedurfte, wurde schon nicht vorgetragen. Auch benötigte der Kläger weder eine Sonderbetreuung noch eine sonstige pädagogische Förderung.

Weiter berÃ1/4cksichtigt der Senat, dass es dem KlÃxger möglich war, mit seinem eigenen Wagen zu der etwa 30 Kilometer entfernten Hochschule zu fahren. Ausweislich des Pflegegutachtens führt der Kläger seinen eigenen Wagen sicher und betankt diesen selbstĤndig. Soweit die Mutter des KlĤgers im Rahmen der Pflegebegutachtung und gegenüber Dr. Q. angab, dass der Kläger die Gefahren und Risiken des Stra̸enverkehrs nicht einschätzen könne, stellt dies kein Kriterium dar, das eine Hilflosigkeit bedingen kA¶nnte. Denn tatsA¤chlich fA¼hrt der KlÄzger sein Auto selbstÄzndig. Jedenfalls sind schon keine VerkehrszwischenfĤlle dokumentiert, obwohl der KlĤger als Autofahrer nunmehr seit Jahren regelmäÃ∏ig am Verkehr teilnimmt. Auch die vom Kläger gegenüber dem Sachverständigen Dr. O. getätigte Angabe, bereits Autos â∏geschnittenâ∏∏ zu haben, belegt keine relevante ̸berforderung im StraÃ∏enverkehr. Insoweit muss auch berücksichtigt werden, dass der Kläger seinen Führerschein erst seit 2017 besitzt und jedenfalls in den Jahren 2018/2019 noch als FahranfÄxnger einzustufen war. Dass er in 2020 in einen Unfall verwickelt war, belegt ebenfalls keine EinschrĤnkung im StraÃ∏enverkehr, da der Unfall nach Angaben des KlĤgers unverschuldet war. Insoweit hat der SachverstĤndige Dr. O. auch zutreffend darauf hingewiesen, dass dem Kläger â∏ bei einer permanenten ̸berforderung â∏∏ die Fahrerlaubnis schon nicht erteilt worden wäre und im ̸brigen wäre eine umgehende Rückgabe der Fahrerlaubnis für ein Kraftfahrzeug angezeigt, sollte der KlĤger die Gefahren und Risiken des Stra̸enverkehrs tatsächlich nicht einschätzen können.

Gegen eine Hilflosigkeit des Klägers wertet der Senat auch den Umstand, dass Alltagsroutinen weitestgehend selbständig bewältigt werden. Dies hat bereits der Kinder- und Jugendarzt L. in seinem Befundbericht angegeben. Ausweislich des Pflegegutachtens und der gegenüber dem Sachverständigen Dr. O. getätigten

Angaben hilft der Kläger zu Hause im Haushalt, übernimmt Aufgaben im Bereich der Küche (Tisch decken, abräumen, Geschirrspüler bestücken) und versorgt die Haustiere. Er geht seinem Hobby (Computerspiele) nach und kann sich hier über einen längeren Zeitraum selbständig beschäftigen. Auch wenn Hilfe beim Einkauf benötigt wird oder die Impulsgabe für Alltagsarbeiten erforderlich ist, ist nicht ersichtlich, dass dieser Förderbedarf besonders zeitaufwendig ist oder sich besonders schwierig gestaltet. So werden beispielsweise keine Weigerungshaltung, kein sozialer Rückzug und auch keine Aggression als Reaktion auf Anweisungen beschrieben. Vielmehr erledigt der Kläger die ihm gestellten Aufgaben dann ohne Auffälligkeiten.Â

Der Senat verkennt nicht, dass der KlĤger wenig kommunikativ und schüchtern ist und ein starker sozialer Rückzug besteht. Entsprechend hat der Beklagte dem KlĤger auch einen GdB von 70 zuerkannt, um diese Beeinträchtigungen auszugleichen. Aber auch wenn das soziale Umfeld des Klägers begrenzt ist â∏ gegenüber dem Sachverständigen Dr. O. gab der Kläger an, gegenwärtig zwei Freunde zu haben â∏, so verfügt der Kläger über ein solches. Ferner war es ihm möglich, nicht nur eine Fahrgemeinschaft mit einem Mitschüler zu bilden oder in der elften Klasse ein Praktikum in einem kleinen Unternehmen zu absolvieren. Auch besuchte er zur Vorbereitung auf das Abitur eine Lerngruppe. Die Pflege von Kontakten und Freundschaften ist mithin â∏ wenn auch eingeschränkt â∏ entgegen den Angaben der Psychologin P. möglich. Der familiäre Kontakt wird aufrechterhalten und nicht gemieden.

Soweit der Klä¤ger vorträ¤gt, dass er bei Eintritt unvorhergesehener Geschehnisse stets die Hilfe Dritter â allen voran seiner Eltern â benä¶tige, um die aufsteigende Panik zu unterbinden, ist nicht ersichtlich, dass hier von einem dauerhaften Zustand auszugehen ist. Auch wenn Ä ngste und Angstattacken bestehen (vgl. Pflegegutachten), ist ein bedarfsweises Einwirken in Form von beruhigenden Gesprä¤chen, auch ļber Telefon, ausreichend. Nicht erforderlich ist hingegen eine permanente Verbindung mit Dritten, obwohl bereits die Nutzung von Ķffentlichen Verkehrsmitteln â nach allgemeiner Erfahrung â nicht nur ausnahmsweise mit Unregelmä Ä jigkeiten verbunden ist. Gleiches gilt fä¼r die Teilnahme am Straä enverkehr mit dem eigenen Fahrzeug. Dennoch ist es dem Klä¤ger seit Jahren mä¶glich, alleine mit dem Auto oder aber mit ihm bekannten Linien der ä¶ffentlichen Nahverkehrsmittel zu der etwa 30 Kilometer entfernten Universitä¤t (und zuvor zu seiner Schule) zu fahren. Ein erheblicher engmaschiger Hilfebedarf ist damit nicht ersichtlich.

SchlieÃ $\square$ lich vermag das SachverstÃ $\upmu$ ndigengutachten des Dr. Q. den Senat nicht von einem anderen Ergebnis zu Ã $^1$ /4berzeugen. Der Senat hat seit Jahren in verschiedenen FÃ $\upmu$ llen beobachtet, dass die Feststellungen des Dr. Q., der in frÃ $^1$ /4heren Jahren durchaus beachtliche SachverstÃ $\upmu$ ndigengutachten gefertigt hatte, seit einiger Zeit unbrauchbar sind. Er hat nicht nur hÃ $\upmu$ ufig die Vorgaben der VMG nicht eingehalten, sondern in mehreren dem Senat bekannten FÃ $\upmu$ llen gerade im neurologisch-psychiatrischen Bereich  $\upmathactoring$  aber auch auf anderen medizinischen Fachgebieten  $\upmathactoring$   $\upmathactoring$  hate Einsch $\upmathactoring$  abgegeben, teilweise auch Phantasiediagnosen gestellt, die weder von anderer Seite best $\upmathactoring$  worden sind

Bereits die anamnestischen Angaben sind vorliegend schon nicht klar dem Kläger zuzuordnen. Die im Rahmen der Begutachtung anwesende Mutter hat ebenfalls Ausführungen gemacht, die Dr. Q. unter dem Punkt â∏Jetzige Beschwerdenâ∏ eingepflegt hat, ohne dass eindeutig erkenntlich wird, welche Aussagen dem Kläger und welche der Mutter zuzuordnen sind.

Soweit Dr. Q. auf eine Diagnose des HNO-Arztes Dr. N. im Jahr 2020 (auditive Verarbeitungs- und WahrnehmungsstĶrung) verweist, sind â∏ unabhängig von der Frage, ob diese Diagnose fachfremd zum HNO-ärztlichen Bereich ist â∏ weitere Ermittlungen nicht erforderlich, da die Diagnose schon nicht in dem hier relevanten Zeitraum gestellt worden ist.

Jedenfalls gelangt Dr. Q. selbst zu dem Ergebnis, dass der Kläger die Verrichtungen der Grundpflege selbständig beherrsche und im Laufe des Tages lediglich Impulsgaben benötige (S. 29 seines Gutachtens).

Auch die telefonische Rufbereitschaft der Eltern führt â∏ wie auch Dr. Q. selbst ausführt â∏ nicht zur Zuerkennung des Merkzeichens H. Das BSG hat in seinem Urteil vom 12. Februar 2003 bereits ausgeführt, dass bei der Anrechnung von Bereitschaftszeiten grundsÄxtzlich nur solche Zeiten berļcksichtigt werden können, die zeitlich und örtlich denselben Einsatz erfordern wie körperliche Hilfe. Dies setzt voraus, dass eine entsprechende einsatzbereite Anwesenheit und Aufmerksamkeit aus gesundheitlichen Gründen notwendig ist (B 9 SB 1/02 R, juris Rn. 20 m. w. N.). Allgemeine EinschrĤnkungen der Orientierungs- und der KommunikationsfĤhigkeit machen hingegen nur gelegentliche Hilfeleistungen erforderlich und bleiben daher auA⊓er Betracht (BSG, Urteil vom 8. MAxrz 1995 â∏ 9 RVs 5/94 â∏∏ juris). Vorliegend sind nur gelegentliche Hilfeleistungen erforderlich. Insbesondere bedarf es in den von dem KlĤger geschilderten Situationen nicht der physischen Anwesenheit der Eltern oder einer sonstigen Hilfsperson. Um den Kläger in einer ihn überfordernden Situation zu helfen, reicht ein verbales Einwirken in Form eines Anrufs aus. Dies ist weder gleichzusetzen mit dem Einsatz körperlicher Hilfe noch ist die dauernde Bereitstellung erforderlich. Der Senat verweist insoweit auch auf Teil A Nr. 4 d VMG, wonach Hilfe bei einzelnen Verrichtungen, selbst wenn sie lebensnotwendig sind und im tĤglichen Lebensablauf wiederholt vorgenommen werden, nicht ausreichen. Als Beispiel wird

hier etwa die notwendige Begleitung bei Reisen und Spaziergängen und Hilfe im StraÃ∏enverkehr aufgeführt.

Aber auch die Ausführungen des Dr. Q. zum AusmaÃ∏ der bei dem Kläger vorliegenden KommunikationsstĶrung überzeugen nicht. Dabei verkennt der Senat nicht, dass im Rahmen der Prüfung der Voraussetzungen für das Merkzeichen H auch die MĶglichkeit zur Kommunikation als Verrichtung zur Sicherung der persĶnlichen Existenz zu berļcksichtigen ist (vgl. Teil A Nr. 4 c VMG). Dies muss mithin â∏ entgegen der Auffassung des Dr. Q. â∏ nicht höchstrichterlich geklärt werden. Unter Würdigung der vorliegenden Unterlagen gelangt der Senat jedoch zur ̸berzeugung, dass der Kläger insoweit keiner erheblichen Hilfestellungen bedarf, sondern es ihm durchaus mäßglich ist, mit Menschen zu interagieren. Auf die obigen AusfÄ1/4hrungen wird insoweit verwiesen. Zudem beschreibt Dr. Q. selbst zwar ein extrem schA¼chternes Verhalten, alle Anweisungen seien aber prompt und korrekt umgesetzt worden. Dies deckt sich mit den Angaben der den KlĤger behandelnden Psychiaters M., wonach sich der KlÄger im Kontakt schļchtern, bisweilen abweisend zeige. Auf direkte Ansprache reagiere er dann aber freundlich. Es bestehe eine ausreichende SchwingungsfĤhigkeit. Der fachĤrztliche SachverstĤndige Dr. O. beschreibt den Kläger darüber hinaus als höflich und kooperativ bei guter Rapportfähigkeit. klar und differenziert berichtet. Hingegen muss der KlĤger nicht stĤndig motiviert, angeleitet oder kontrolliert werden. Auch ein aggressives Verhalten wurde zu keinem Zeitpunkt beschrieben (zur Annahme eines erheblichen Kommunikations- und sozialen Defizits bei Asperger-Syndrom: LSG Berlin-Brandenburg, Urteil vom 23. Juni 2011 â∏∏ <u>L 11 SB 374/09</u> â∏∏ juris Rn. 34).

Weitere Ermittlungen von Amts wegen  $\hat{a} \square \square$  insbesondere die Vernehmung der Mutter des Kl $\tilde{A}$  $\times$ gers  $\hat{a} \square \square$  waren daher nicht erforderlich.

2.

Auch ist nach  $\tilde{A}_{\square}$ berzeugung des Senats die Entziehung des Merkzeichens B gerechtfertigt.

Â

Rechtsgrundlage fÃ $^{1}$ /4r die Zuerkennung des Merkzeichens B sind Â $^{\$}$  229 Abs. 2 i. V. m. Â $^{\$}$  152 Abs. 1 und 4 SGB IX in der zum 1. Januar 2018 in Kraft getretenen Neufassung durch das BTHG. GemÃ $^{\$}$ A $^{\$}$  229 Abs. 2 SGB IX sind schwerbehinderte Menschen zur Mitnahme einer Begleitperson berechtigt, die bei der Benutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln infolge ihrer Behinderung regelmÃ $^{\$}$ A $^{\$}$ ig auf Hilfe angewiesen sind. Die Feststellung bedeutet nicht, dass die schwerbehinderte Person, wenn sie nicht in Begleitung ist, eine Gefahr fÃ $^{1}$ /4r sich oder fÃ $^{1}$ /4r andere darstellt.

Gem $\tilde{A}$ ¤ $\tilde{A}$  $\Box$  den in den VMG niedergelegten Grunds $\tilde{A}$ ¤tzen f $\tilde{A}$  $\frac{1}{4}$ r die Feststellung der gesundheitlichen Voraussetzungen f $\tilde{A}$  $\frac{1}{4}$ r das Merkzeichen B (Teil D Nr. 2 b VMG) ist

bei der Prüfung der Berechtigung für eine ständige Begleitung bei schwerbehinderten Menschen (bei denen die Voraussetzungen für die Merkzeichen G, Gl oder H vorliegen) zu beachten, ob diese bei der Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel regelmäÃ∏ig auf fremde Hilfe beim Ein- und Aussteigen oder während der Fahrt des Verkehrsmittels angewiesen sind oder ob Hilfen zum Ausgleich von Orientierungsstörungen (z. B. bei Sehbehinderung, geistiger Behinderung) erforderlich sind. Die Berechtigung für eine ständige Begleitung ist anzunehmen bei Querschnittgelähmten, Ohnhändern, Blinden und Sehbehinderten, Hörbehinderten, Menschen mit geistiger Behinderung sowie Anfallskranken, bei denen die Annahme einer erheblichen Beeinträchtigung der Bewegungsfähigkeit im StraÃ∏enverkehr gerechtfertigt ist (Teil D Nr. 2 c VMG).

Vorliegend erfüllt der Kläger jedoch schon keines der vorgenannten Merkzeichen. Hinsichtlich der Merkzeichens H wird auf die obigen Ausführungen verwiesen. Das Merkzeichen Gl kommt schon in Ermangelung einer geltend gemachten einschlägigen Beeinträchtigung nicht in Betracht. Darüber hinaus liegen bei dem Kläger auch nicht die Voraussetzungen fþr das Merkzeichen G vor.

Nach <u>§ 228 Abs. 1 S. 1 SGB IX</u> haben schwerbehinderte Menschen, die infolge ihrer Behinderung in ihrer BewegungsfĤhigkeit im StraÄ∏enverkehr erheblich beeintrÄxchtigt sind, gegen Vorzeigen eines entsprechend gekennzeichneten Ausweises nach § 152 Abs. 5 SGB IX Anspruch auf unentgeltliche BefĶrderung im Nahverkehr i. S. des <u>§ 230 Abs. 1 SGB IX</u>. Nach <u>§ 229</u> Â Â Â Â Â Â Â A Abs. 1 S. 1 SGB IX ist in seiner BewegungsfĤhigkeit im StraÃ∏enverkehr erheblich beeintrÄxchtigt, wer infolge einer EinschrÄxnkung des GehvermÄgens (auch durch innere Leiden oder infolge von AnfÄxllen oder von StĶrungen der OrientierungsfĤhigkeit) nicht ohne erhebliche Schwierigkeiten oder nicht ohne Gefahr fýr sich oder andere Wegstrecken im Ortsverkehr zurückzulegen vermag, die üblicherweise noch zu FuÃ∏ zurückgelegt werden. Bei der Prüfung der Frage, ob diese Voraussetzungen vorliegen, kommt es nicht auf die konkreten Ķrtlichen VerhĤltnisse des Einzelfalles an, sondern darauf, welche Wegstrecken allgemein â∏ d. h. altersunabhängig von nicht behinderten Menschen â∏ noch zu FuÃ∏ zurückgelegt werden. Als ortsübliche Wegstrecke in diesem Sinne gilt eine Strecke von etwa zwei Kilometern, die in etwa einer halben

Stunde zurückgelegt wird (Teil D Nr. 1 b VMG). Nähere Umschreibungen für einzelne Krankheitsbilder und Behinderungen enthalten dar A¼ber hinaus Teil D Nr. 1 d (Funktionsstörungen der unteren GliedmaÃ∏en und/oder der Lendenwirbelsäule bzw. innere Leiden), e (hirnorganische Anfälle) und f (StĶrungen der OrientierungsfĤhigkeit wegen Seh- und/oder HĶrbehinderung oder geistig behinderten Menschen) VMG. Keines der dort konkret gelisteten Krankheitsbilder liegt hier vor. Darüber hinaus können auch psychische oder psychosomatische StĶrungen, die sich spezifisch auf das GehvermĶgen auswirken, zu einer erheblichen BeeintrÄxchtigung der BewegungsfÄxhigkeit im Stra̸enverkehr führen und zwar auch dann, wenn sie Anfallsleiden oder OrientierungsstĶrungen nicht gleichzusetzen sind (vgl. BSG, Urteil vom 11. August 2015 â∏ B 9 SB 1/14 R â∏ juris Rn. 17 ff.). Vorliegend führt das bei dem Kläger bestehende Krankheitsbild jedoch nicht zu gleich schweren Auswirkungen auf die Gehfunktion und die zumutbare Wegstrecke wie bei dem in Teil D Nr. 1 VMG beispielhaft aufgeführten Personenkreis. Eine Einschränkung des GehvermĶgens, aufgrund derer der KlĤger nicht ohne erhebliche Schwierigkeiten oder nicht ohne Gefahr fýr sich oder andere Wegstrecken im Ortsverkehr zurückzulegen vermag, die üblicherweise noch zu FuÃ∏ zurückgelegt werden, ist weder geltend gemacht worden noch ergibt sich eine solche nach Aktenlage. Denn tatsÄxchlich kann sich der KlÄxger fortbewegen. Dass er gelegentlich Hilfestellungen benĶtigt, wenn unerwartete Ereignisse eintreten, ist nicht gleichzusetzen mit einer grundsÄxtzlichen EinschrÄxnkung des GehvermÄgens.

Â

Die Kostenentscheidung beruht auf <u>§Â 193 SGG</u>.

GrÃ $\frac{1}{4}$ nde fÃ $\frac{1}{4}$ r die Zulassung der Revision gemÃ $\frac{1}{4}$ A $\frac{1}{4}$ A $\frac{1}{4}$ A $\frac{1}{4}$ A $\frac{1}{4}$ B $\frac{1}{4}$ A $\frac{1}{4}$ A $\frac{1}{4}$ B $\frac{1}{4}$ A $\frac{1}{4}$ A $\frac{1}{4}$ B $\frac{1}{4}$ A $\frac{1}{4}$ B $\frac{1}{4}$ A $\frac{1}{4}$ A $\frac{1}{4}$ B $\frac{1}{4}$ B $\frac{1}{4}$ A $\frac{1}{4}$ B $\frac{1}$ 

Erstellt am: 11.08.2023

Zuletzt verändert am: 23.12.2024